

Ungarn

Gesamteinschätzung

Angesichts der Fortschritte in den Strukturreformen (insbesondere der Privatisierung) zählt Ungarn zu den führenden EU-Kandidatenländern, was durch die anhaltenden Wachstumsergebnisse bestätigt wird. Ungarn verzeichnete 2001 mit einem Plus von 3,8% zwar ein geringeres Wirtschaftswachstum als im Vorjahr (2000 5,2%), setzt aber dennoch seinen markanten Aufholprozess seit 1997 (Wachstumsraten von 4,5% bis 5%) in einem allgemein schwierigen wirtschaftlichen Umfeld fort. Für 2002 wird angesichts des eingetrübten Konjunkturklimas in Westeuropa und den USA ein etwas geringerer BIP-Anstieg von 3,5% erwartet. Die Wirtschaftsentwicklung ist insofern positiv zu bewerten, als das Produktionswachstum mit einer weiteren Abschwächung binnen- und außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte verknüpft war. So verringerte sich 2001 die Arbeitslosenrate gegenüber dem Vorjahr von 6,4% auf 5,7%, die Inflation von 9,8% auf 9,2%, das Budgetdefizit von 3,7% auf 3,3% des BIP, und das Minus der Leistungsbilanz von 2,9% auf 2,1% des BIP. Eine weitere Verbesserung der wichtigsten makroökonomischen Variablen ist bei einem Wachstum zwischen 3% und 5% für die kommenden Jahre vorgesehen, sodass nicht nur der EU-Beitritt (2004), sondern auch eine rasche Integration in die Währungsunion (2007) angestrebt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre indes die anvisierte Lockerung der Fiskalpolitik für 2002 aufzugeben und eine weiterhin vorsichtige Geldpolitik zur Reduzierung der immer noch hohen Inflationsrate notwendig. Zudem ist die neue links-liberale Regierung gefordert, die Reformen im Gesundheitswesen, im Rentensystem und im öffentlichen Sektor voranzutreiben.

Produktion und Verwendung des BIP

Die dynamische Konjunktur der zweiten Jahreshälfte 2000 (+4,3%, auch im folgenden reale Angaben gegenüber Vorjahreszeitraum, wenn nicht anders vermerkt) setzte sich in den ersten beiden Quartalen 2001 mit leicht rückläufiger Tendenz (+4,4%, +4%) fort. Der BIP-Anstieg schwächte sich im dritten und vierten Quartal 2001 jedoch weiter ab (+3,7%, +3,3%), was für das gesamte Jahr 2001 zu einem unter den Erwartungen (+4,5%) liegenden Wirtschaftswachstum von 3,8% führte. Dieses Ergebnis fiel zwar geringer als das Rekordwachstum des Vorjahres (+5,2%) aus, doch stellt es angesichts der ungünstigen Konjunkturlage Westeuropas immer noch ein beachtliches Resultat dar. Die meisten MOE-Länder weisen für 2001 weitaus ungünstigere Wirtschaftsdaten auf. Allerdings deuten die vorläufigen Daten des 1. Quartals 2002 auf eine weitere Konjunkturverlangsamung hin, da das BIP im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur um 2,9% stieg.

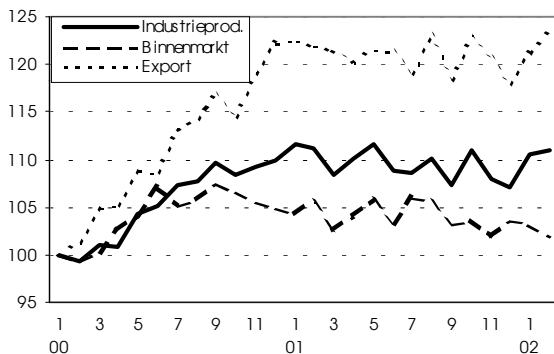
Der BIP-Anstieg wurde auf der Verwendungsseite von allen Nachfragekomponenten (Binnennachfrage: +2,1, 2000 +5,1%) getragen. Nachdem 2000 noch die Investitionen maßgeblich zum Wachstum beitrugen (2000 +7,7%), haben sie sich 2001 (+3,1%) deutlich abgeschwächt. Der private Konsum erwies sich dagegen als stabilisierender Konjunkturfaktor (+4%, 2000 + 4,1%), wogegen der öffentliche Konsum nur um ca. 0,4% (2000 +2,9%) stieg. Der Außenbeitrag trug rein rechnerisch zum BIP-Anstieg positiv bei (+1,7%), doch war die Außenwirtschaft für die schwächere Konjunktur maßgeblich verantwortlich. Während die Exporte 2000 noch ein Rekorder-

gebnis aufwiesen (+21,8%, Wachstumskomponenten des BIP), haben sie sich 2001 (+9,1%) deutlich abgeschwächt. Dennoch ist dieses Ergebnis angesichts der westlichen Konjunkturschwäche beachtlich, zumal die Ausfuhren das Wachstum der ungarischen Exportmärkte übertraf. Damit konnte die Wettbewerbsposition auf wichtigen Märkten insbesondere in Europa weiter gestärkt werden.

Auf der Angebotsseite wurde 2001 das Wachstum weit weniger als in den Vorjahren durch die Industrie getragen. Die industrielle Wertschöpfung (+6%, 2000 +9%) und Produktion (+4,3%, 2000 +18,3%) stiegen deutlich langsamer als 2000. Dies resultiert vor allem aus dem geringeren Wachstum der industriellen Exportverkäufe, die sich 2001 nunmehr ähnlich dem Binnenabsatz entwickelten (siehe Schaubild). Die Produktionsleistung der Bauwirtschaft legte um 9,9% (2000 5,9%) und die der Agrarwirtschaft um 2,1% (2000 -5,1%) zu. Damit steht das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr auf der Angebotsseite auf einer breiteren Basis.

Für 2002 wird aufgrund der nur zögerlich anspringenden Konjunktur in Westeuropa eine etwas niedrigere Wachstumsrate von 3,5% prognostiziert. Dabei dürfte sich die Industrieproduktion weiter abschwächen (Prognose +3%). In den ersten Monaten 2002 ist eher eine stagnierende Industrieproduktion (Januar -0,7%, Februar 0%, März +3,1%) zu beobachten. Die Hoffnungen konzentrieren sich deshalb auf die zweite Jahreshälfte, in der eine Konjunkturbelebung im Westen die Exportdynamik und Produktion beleben sollen. 2002 werden zudem zusätzliche Wachstumsimpulse von der Bauwirtschaft (+9,5%) erwartet.

Industrieproduktion seit 2000
(konstante Preise, 1/2000 = 100)



Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Trotz des sich abschwächenden Wirtschaftswachstums setzte sich im Jahr 2001 der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung fort. Entsprechend sank die Arbeitslosenquote von 6,4% in 2000 auf 5,7% in 2001. Demographische Trends haben den Rückgang der Arbeitslosigkeit begünstigt. Zudem sind Beschäftigungsanpassungen im Exportsektor weitgehend durch Arbeitszeitkürzungen erfolgt. Die wenigen Entlassungen in der verarbeitenden Industrie wurden durch den expandierenden Dienstleistungssektor aufgefangen. Ungarn weist damit die niedrigste Arbeitslosenrate der MOE-Länder auf. Dabei blieben die regionalen Unterschiede nach wie vor stark ausgeprägt. Während die Arbeitslosenrate in Ostungarn teilweise über 10% liegt, werden in Westungarn Arbeitskräfte gesucht. Arbeitskräfteknappheit wird immer mehr zum drängenden Problem, dem die Regierung mit kurzfristigen Maßnahmen entgegenwirken will. Dies betrifft u.a. das umstrittene „Status-Gesetz“, das saisonale Arbeitserlaubnis für in Nachbarländern lebende Ungarn vorsieht.

Die Löhne sind vor allem im öffentlichen Sektor rascher als prognostiziert gestiegen. Im Gegensatz zu den Vorjahren haben sich damit die Reallöhne (+6,4%, 2000 1,5%) stärker erhöht als die Produktivität. Dies ist auch das Ergebnis der Inflationsrate von 9,2%, die niedriger als erwartet ausfiel. Damit entspricht die Lohnentwicklung weder der Konjunkturlage noch der in den Lohnverhandlungen antizipierten Inflationsrate. Diese Entwicklung bedarf 2002 einer Korrektur. Dabei ist zu beachten, dass das Lohnwachstum im Privatsektor weitaus moderater als im öffentlichen Sektor ausfiel, sodass die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Industrie kaum litt. Zum Lohnwachstum hat auch eine deutliche Erhöhung der Minimumlöhne im Januar 2001 um nominal 57% beigetragen. Im Januar 2002 erfolgte eine weitere Anhebung um 25%, womit die Minimallöhne nunmehr ein Niveau von 45% des Durchschnittslohnes erreichen (Polen und Tschechien ca. 35%). Für

2002 werden weitere Lohnerhöhungen auch in Segmenten des öffentlichen Sektors erwartet, nicht zuletzt um entsprechende administrative Kapazitäten für den EU-Beitritt sicherzustellen. Kurz nach ihrem Amtsantritt kündigte die neue Regierung an, die Löhne in vielen Bereichen des öffentlichen Sektors drastisch zu erhöhen (siehe letzten Abschnitt). Erst ab 2003 kann mit einer moderateren Lohnentwicklung gerechnet werden, die sich stärker am Produktivitätswachstum orientiert.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik der konservativen Regierung Orban war eher expansiv ausgerichtet und hat damit antizyklisch die Nachfrage belebt. Hier haben vor allem Infrastrukturausgaben sowie Investitionsanreize sowohl für die privaten Haushalte als auch für die kleineren und mittleren Unternehmen der Konjunkturabschwächung entgegengewirkt. Diese Ausgaben haben zudem die Voraussetzung für einen langfristigen Wachstumsprozess verbessert. Andere stark steigende Ausgaben, insbesondere bei Löhnen und Renten, erschweren allerdings eine weitere Haushaltskonsolidierung eher. Der kurzfristige fiskalische Nachfrageeffekt wurde von der ungarischen Nationalbank auf 2% bis 2,5% des BIP geschätzt. Dennoch blieb das konsolidierte Haushaltsdefizit mit 3,3% des BIP (2000 3,5%) etwas unter den Zielvorgaben. Allerdings erreichte das Haushaltsdefizit nach EU-Standards (ESA95) etwa 4,3% des BIP und nach der im Westen ebenso üblichen SNA-Methode (SNA: System of National Accounts) fast 5% des BIP.

Die neue sozial-liberale Regierung erhöhte die Ausgaben u.a. bei Löhnen und Gehältern im Staatssektor deutlich. Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass 2002 das Haushaltsdefizit nicht wie geplant bei 3,2%, sondern bei 4,2% des BIP liegen wird. Nach westlichen Standards dürfte es also deutlich über der 5%-Marke liegen. Ohnehin wird es schwierig sein, die in dem der EU vorgelegten Wirtschaftsprogramm (PAEP: Pre-Accession Economic Program) anvisierten Zielgrößen des Budgetdefizits von 2% bis 2,5% des BIP (auf SNA-Basis) zu erreichen. Ein solches moderates Defizit wäre wichtig, um die Inflationsbekämpfung zu unterstützen, die inländische Sparquote zu erhöhen (Voraussetzung für steigende Investitionen), dem Privatsektor einen günstigeren Zugang zu Krediten zu ermöglichen und den Spielraum für stabilitätspolitische Maßnahmen im Zuge der Annäherung an die Maastricht-Kriterien zu erweitern. Ohne haushaltspolitische Korrekturen könnte der fiskalische Nachfrageimpuls 1% des BIP betragen und das Budgetdefizit auf 5,7% des BIP (auf SNA-Basis) steigen.

Dies verdeutlicht die Herausforderung, denn das Defizit müßte um 3%-Punkte vermindert werden, um die langfristigen fiskalpolitischen Ziele zu erreichen.

Mögliche Zinssenkungen und steigende EU-Transfers werden hierfür kaum ausreichen. Positiv ist dagegen zu bewerten, dass trotz der schwierigen Ausgangslage (hohe Verbindlichkeiten, keine Schuldenstreichungen) die Staatsverschuldung in Relation zur Wirtschaftskraft stetig sinkt und nunmehr bei 53,4% des BIP liegt. Für 2002 wird sogar ein weiterer Rückgang auf ca. 50% des BIP prognostiziert.

Inflation und Geldpolitik

Die ungarische Geldpolitik war 2001 relativ restriktiv, was sich nur langsam in Erfolgen in der Inflationsbekämpfung niederschlug. 2000 blieb der Konsumgüterpreisindex 2000 mit 9,8% gegenüber dem Vorjahr (1999 10%) noch nahezu konstant. Der Preisauftrieb setzte sich auch im ersten Halbjahr 2001 unvermindert fort (10,6%). Erst im zweiten Halbjahr 2001 entspannte sich das Preisklima (7,9%). Da die Inflationsrate im ersten Halbjahr noch im zweistelligen Bereich lag, erreichte sie für das gesamte Jahr 2001 immer noch 9,2%. Die Kerninflationsrate (ohne Berücksichtigung administrativer Preisanhebungen sowie bestimmter Öl- sowie Nahrungsmittelpreise) betrug 2001 8,1%. Dennoch ist der Trend eindeutig nach unten gerichtet, da die Preise im Dezember 2001 gegenüber dem Vorjahresmonat nur noch um 6,8% stiegen, und im März 2002 die Inflationsrate nur mehr bei 5,9% lag. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, dann können die von der Regierung anvisierten Ziele von 4,5% für 2002 und 3,5% für 2003 (jeweils Dezembervergleich) mit einer Toleranz plus/minus 1% erreicht werden.

Die Entspannung des Preisklimas ist nicht alleine auf externe (Rückgang der Ölpreise) und interne (moderate Nahrungsmittelpreise aufgrund günstiger Ernten) Sonderfaktoren zurückzuführen. Einen wichtigen Beitrag lieferte auch eine veränderte Wechselkurs- und Geldpolitik, die der Zentralbank einen weitaus größeren Spielraum in der Inflationsbekämpfung ließ. Am 4. Mai 2001 hatte die Nationalbank die recht enge Schwankungsbreite des crawling-pegged-Wechselkursregimes von plus/minus 2,25% aufgegeben und auf plus/minus 15% ausgeweitet. Nach diesem Schritt wertete sich die ungarische Währung gegenüber Euro und USD auf. Ursache war u.a., dass die Zinsdifferenzen zum Euro- und USD-Raum sowie niedrigere Inflationserwartungen zu einer höheren Nachfrage nach Forintanleihen geführt haben. Dieser Aufwertungseffekt hat die Preise für Importwaren verbilligt, was sich deutlich auf den Preisindex des dritten Quartals 2001 auswirkte. Während zuvor das Wechselkursregime eher die Inflation begünstigte, kann es nunmehr verstärkt anti-inflationär wirken. Auch die Geldpolitik wirkte in diese Richtung, da trotz mehrfacher Zinssenkungen der Zentralbank sich die Realzinsen (aufgrund der geringeren Inflationserwartungen) erhöht haben. Ein weiterer Politikwechsel vollzog sich im Juni 2001, als die Zentralbank von der Geldmengensteuerung auf

eine an Inflationszielen ausgerichtete Geldpolitik übergang.

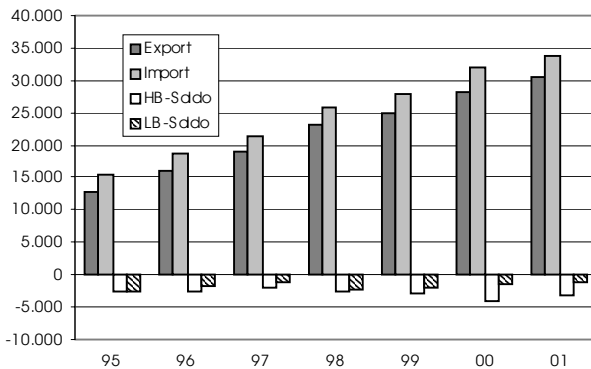
Außenhandel und Zahlungsbilanz

Im Juni 2001 wurden auch die verbliebenen Restriktionen im Kapitalverkehr gelockert, sodass nunmehr die ungarische Währung voll konvertibel ist. Die Ausweitung der Schwankungsbreite, d.h. das faktische Floaten des Forint, sowie die Liberalisierung im Kapitalverkehr stellen indes auch Risiken für das Wirtschaftswachstum und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht dar. Das starke realwirtschaftliche Wachstum sowie die vergleichsweise hohe Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft zeigen indes an, dass stärker schwankende Wechselkurse verkraftet werden können. Der reale effektive Wechselkurs wertete sich zwar auf, ohne jedoch die Exportwirtschaft (+8,5% nominal in USD, 2000 +14,5%) zu gefährden. Das schwächere Exportwachstum fiel damit geringer aus als der Rückgang der Importnachfrage auf wichtigen Absatzmärkten (insbesondere EU). Da auch die ungarischen Importe weitaus geringer als im Vorjahr (ca. +5%, 2000 +14,5%) stiegen, konnte das Handelsbilanzdefizit 2001 gegenüber dem Vorjahr von 3,9 Mrd. USD auf 3,2 Mrd. USD vermindert werden.

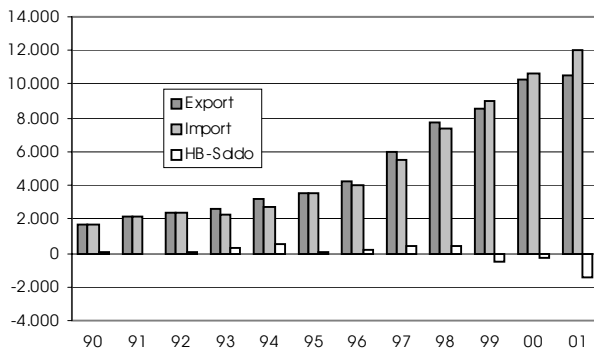
Diese trotz schwieriger Rahmenbedingungen günstige Außenhandelsentwicklung trug dazu bei, dass das Leistungsbilanzdefizit sich mit 2,2% des BIP (2000 3,3%) in sicheren Margen bewegt. Zudem konnte es ausschließlich durch den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (ca. 3% des BIP) finanziert werden. Zudem kann Ungarn auf eine hohe Kreditwürdigkeit und hohe Währungsreserven (ca. 11,1 Mrd. USD) zurückgreifen, sodass Finanzierungsprobleme nicht zu erwarten sind. Die Bruttoverschuldung Ungarns erhöhte sich leicht von ca. 30 auf 33,8 Mrd. USD (65,3% des BIP), die Nettoverschuldung blieb indes mit 10,5 Mrd. USD gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Der gesamte Schuldendienst in Relation zu den Exporten verminderte sich von 12,8 % (2000) auf 11,7% (2001). Die außenwirtschaftliche Position Ungarns ist deshalb als solide anzusehen.

Aus ungarischer Sicht verlief 2001 wiederum der Außenhandel mit Deutschland, dem nach wie vor wichtigsten Handelspartner Ungarns, insofern positiv, als die Ausfuhren um 13 % stiegen (nominal in Euro, 2000 +18%), die Einfuhren sich dagegen nur um 2% erhöhten (2000 +21%). Ungarn konnte damit seinen Handelsbilanzüberschuss von ca. 284 Mio. Euro (2000) auf 1.453 Mio. Euro erhöhen. Die deutsche Zahlungsbilanzstatistik weist indes bei den Nettozuflüssen von Direktinvestitionen nur einen Betrag von 264 Mio. Euro aus, was gegenüber dem Vorjahr faktisch eine Halbierung darstellt. Dies ergab sich möglicherweise auch aus Gewinnrückführungen deutscher Unternehmen aus Ungarn.

Export, Import, Handels- und Leistungsbilanz (Mio. USD)



Außenhandel Deutschlands mit Ungarn (in Mio. EUR)*



* Deutsche Außenhandelsstatistik.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Ähnlich wie in Polen vollzog sich auch in Ungarn ein Machtwechsel zugunsten der Sozialisten (Ungarische Sozialistische Partei, MSZP), die nunmehr unter Führung von Peter Medgyessy (früherer Finanzminister) mit den liberalen Freien Demokraten (SzDSz) eine Koalitionsregierung (vereidigt am 27. Mai) bildet. Schwerpunkte der neuen Regierung sollen der Kampf gegen die Inflation, Korruption und Armut sowie der EU-Beitritt sein. Zudem will man ein wirtschafts- und investitionsfreudiges Klima schaffen und gleichzeitig die finanzielle Situation der Familien verbessern. Zudem beabsichtigt die Regierung, die landwirtschaftlichen Familienbetriebe und die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern weiter zu fördern. Konkretisiert werden die allgemeinen Absichtserklärungen mit einem Sofortprogramm für die ersten 100 Tage, das u.a. die Gehälter von Lehrern und anderen Bediensteten im öffentlichen Dienst um 50% erhöhen will. Steuererleichterungen für Familien und die Antiinflationpolitik der Vorgängerregierung sollen beibehalten werden. Im Rahmen von Infrastrukturprojekten (u.a. Autobahnbau) sollen 400.000

neue Arbeitsplätze entstehen. Reformen im Gesundheitswesen sollen vorangetrieben werden.

Im letzten Jahr der Regierung Orbán war eine Verlangsamung des Privatisierungsprozesses zu beobachten. Zudem wird auch von ausländischen Unternehmen eine gewisse Verschlechterung des Investitionsklimas bemängelt. Die Unbekümmertheit, mit der die alte Regierung Orbán einige Verträge einseitig aufkündigte (u.a. beim Bau eines Airport-Terminals) und ausländische Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen (u.a. im Autobahnbau) diskriminierte, hat zahlreiche ausländische Investoren alarmiert. Hinzu kommt, dass qualifizierte Arbeitnehmer knapp geworden sind und die Löhne in Euro oder USD deutlich gestiegen sind. Dennoch blieb Ungarn als Investitionsstandort attraktiv. 2001 erreichten ausländische Direktinvestitionen in Ungarn eine Höhe von ca. 2,5 Mrd. USD, die höchste Summe seit sechs Jahren. Pro-Kopf erreichen die kumulierten ADI ca. 2500 Euro, womit Ungarn die Spitzenposition in den MOE-Ländern einnimmt und etwa 85% des durchschnittlichen EU-Niveaus erreicht. Da die Privatisierung weitgehend abgeschlossen ist, müssen vermehrt Greenfield-Investitionen angezogen werden. Einige multinationale Unternehmen überlegen, ihre „regionalen Hauptquartiere“ nach Ungarn zu verlegen.

Angesichts der angespannten fiskalpolitischen Lage und aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Erwägungen plant die neue Regierung eine Beschleunigung der Eigentumsumwandlung. In diesem Zusammenhang steht auch die komplette Auswechslung des Managements der Staatlichen Treuhand (AVP), die für die Privatisierung und Verwaltung des staatlichen Vermögens verantwortlich ist. Allerdings dürften größere Verkaufserlöse aufgrund der weit fortgeschrittenen Privatisierung von mehr als 80% aller Staatsbetriebe kaum zu erwarten sein. Zudem ist kurzfristig nicht geplant, die Aktien des Ölunternehmens „MOL“ oder die von „Richter Gedeon“ zu verkaufen. In welchen Rahmen die Regierung ihre Anteile bei Elektrizität und anderen öffentlichen Versorgern, den Stahlunternehmen „Dunafer“ und des Kernkraftwerkes anbieten wird, ist indes noch nicht abzusehen.

Angesichts der fortgeschrittenen Strukturreformen und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs gilt Ungarn bei institutionellen Investoren verstärkt als „Emerging Market“ und wird zunehmend als Anlageplatz attraktiv. Die Schattenseite dieser Entwicklung ist, dass der Kapitalmarkt durch kurzfristige Finanztransaktionen „verletzbarer“ geworden ist. Hinzu kommt der hohe und stetig wachsende ausländische Anteil an kurzfristigen Verbindlichkeiten. Obwohl Ungarn bisher von Krisenentwicklungen wie zuletzt in der Türkei und Argentinien verschont geblieben ist, wächst die Anfälligkeit für Kettenreaktionen auf den internationalen Märkten. Zwar spielen noch immer allgemeine Trends in den internationalen Kapitalbewegungen eine wichtige Rolle, doch rückt für institu-

tionelle Investoren zunehmend die spezifische Situation einzelner Länder insbesondere ihres Finanzsektors in den Vordergrund. Auch für den EU-Beitritt ist die Solidität des Finanzsystems eine wesentliche Voraussetzung. Wie ist Ungarn diesbezüglich zu bewerten?

Der ungarische Finanzsektor wurde bis 1997 unter maßgeblicher Beteiligung ausländischer Institute (Kapitalanteil Ende 2001 65,5%) weitgehend privatisiert (Kapitalanteil des Staates ca. 9%). Die Banken spielen mit ca. 80% des Vermögens eine führende Rolle auf den Finanzmärkten, doch steigt die Bedeutung von Versicherungen sowie anderer Finanzinstitute stetig. Mit der Sanierung der Postbank durch den Fiskus ist die Restrukturierung des Finanzsektors weitgehend abgeschlossen. Nach dem Scheitern ihrer Privatisierung wurde sie in die staatliche Post integriert. Ende 2001 waren ca. 41 Banken in Ungarn aktiv. Der Marktanteil der sieben größten Banken betrug etwa 66%, was einen relativ hohen Konzentrationsgrad anzeigt. Das Bankvermögen erreicht etwa 70% des BIP, doch bleibt die Bedeutung der Banken als Finanzvermittler trotz rasch steigender Tendenz bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMU-Sektor) sowie Haushalten gering. Die Relation der inländischen Kredite zum BIP betrug 2000 nur etwa 53,8%, der Anteil der Privatkredite zum BIP nur ca. 29%. Letztere Quote ist auch im Vergleich zu anderen MOE-Ländern niedrig, spiegelt jedoch auch den leichten Zugang zu ausländischen Krediten und den hohen Anteil von zwischenbetrieblichen Krediten insbesondere ausländischer Firmen wider.

Trotz der weltweiten und internen Konjunkturabschwächung wird die Stabilität des ungarischen Finanzsektors von internationalen Organisationen wie dem IWF und von der EU positiv bewertet. Die Banken sind ausreichend kapitalisiert und liquide. Kredite und Vermögen weisen eine hohe Qualität auf. Die Rentabilität des Bankensektors ist 2001 deutlich gestiegen. Dies ist auf eine verstärkte Kreditvergabe an Haushalte und den KMU-Sektor zurückzuführen, was die Reduzierung der Zinsmargen kompensiert. Unterstützt durch ein staatliches Wohnungsbauförderprogramm, ist die Vergabe von Hypothekenkrediten 2001 weiter gestiegen. Andere (keine Banken) Finanzinstitute haben von einem niedrigen Ausgangsniveau ihre Marktanteile erhöht, ohne dass der Finanzsektor in irgendeiner Weise destabilisiert wurde. Die Änderungen im geld- und wechselkurspolitischen Regime (Inflationsziele, größere Wechselkursbandbreite, Herstellung vollständiger Konvertibilität) haben 2001 die Entwicklung des Geldmarktes (Devisen und Forint) sowie das Risikomanagement der Banken erleichtert. Dennoch verlangt diese weitere Öffnung des Kapitalmarktes eine genaue Beobachtung möglicher Gefahren (u.a. Risikoeinschätzung der ausländischen Kredite). Zudem stellen die in den letzten Jahren durchgeführten rechtlichen Anpassungen an internationale Regeln und EU-

Standards (u.a. Bankenaufsicht, neues Gesetz zur Transparenz der Zentralbankentscheidungen) eine weitere Sicherheit für die Stabilität des Finanzsystems dar. Gefordert werden noch rechtliche Schritte im Bereich der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

Reformen im Energiesektor sind notwendig, vollziehen sich aber nur langsam. Ziele wären eine Reduzierung des Staatseigentums und die Beseitigung der Preissubventionen für die privaten Haushalte. Das neue 2002 beschlossene Elektrizitätsgesetz erlaubt ab 2003 eine graduelle Öffnung des Elektrizitätsmarktes für private Anbieter und eine volle Liberalisierung im Jahr 2010. Die Privatisierung des größten staatlichen Stromversorgers MVM wurde jedoch hinausgeschoben. Der Staat greift weiterhin massiv in das Marktgeschehen ein und revidiert vorher vereinbarte Regeln der Preisfestsetzung, wenn Preiserhöhungen ihm zu hoch erscheinen. Preiskontrollen werden indes auch im Wohnungsbau, bei Medikamenten, Transport und Telekommunikation angewandt. Ähnlich langsam vollzieht sich die Liberalisierung des Gassektors, der noch immer vom staatlichen Versorger MOL kontrolliert wird. Die staatliche Regulierung beläßt die Gaspreise auf einem künstlich niedrigen Niveau und gleicht Verluste des staatlichen Anbieters mit sporadischen Zuwendungen aus.

2001 wurden weitere Änderungen im Rentensystem vorgenommen. Die umfassende Umstrukturierung der Altersvorsorge im Jahre 1997 führte neben dem beitragsbezogenen System eine zweite auf privaten Pensionsfonds beruhende Säule ein, die für Einsteiger auf dem Arbeitsmarkt obligatorisch, für die übrigen Personen freiwillig war. Angesichts der hohen Zahl von Arbeitern und Angestellten, die freiwillig die neuen privaten Pensionsfonds zusätzlich nutzten, änderte die Regierung im November 2001 wichtige Bestimmungen. Seitdem ist der Einstieg in die private Altersvorsorge grundsätzlich freiwillig, und der staatlich garantierte Minimalanspruch aus den privaten Rentenfonds wurde abgeschafft. Zudem will man die Finanzierung der zweiten Säule nicht von 6% auf 8% des Rentenbeitrags erhöhen. Letzteres bedeutet, dass die Privatversorgung nicht die eigentlich vorgesehene Bedeutung erlangen soll. Diese Änderungen entlasten zwar kurzfristig den Staatshaushalt, langfristig können sie jedoch, wenn sich die Versicherten verstärkt für das beitragsbezogene System entscheiden, zu höheren Belastungen führen.

Reformen im Gesundheitswesen sind dringend notwendig, da die Gesundheitskosten langfristig aufgrund der Demographie (Alterung der Bevölkerung) steigen werden. Obwohl schon jetzt die Gesundheitsausgaben die Budgets überschreiten, wurden auch 2001 keine entscheidenden Schritte unternommen. Umfassende Reformprojekte stehen zur Diskussion, doch konzentriert man sich zunächst auf kurzfristige kostenreduzierende Maßnahmen. So soll

Ärzten erlaubt werden, eigenständig auf vertraglicher Grundlage außerhalb des traditionellen Gesundheitswesens auch in Krankenhäusern privat zu behandeln. Überlegt wird ebenfalls, Eigenbeiträge bei Behandlungen einzuführen und die Leistungen des öffentlichen Gesundheitswesens einzuschränken. Man hofft, dadurch die Effizienz des Gesundheitswesens zu erhöhen und die Abhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen zu reduzieren.

EU-Integration

Ungarns Reformen werden auch in dem letzten jährlichen Bericht (November 2001) der EU-Kommission gewürdigt, der im Rahmen der „intensiven Heranführungsstrategie“ die Fortschritte eines jeden Landes hinsichtlich seiner Beitrittsvorbereitung überprüft. Ungarn konnte bis auf einige Ausnahmen, die im wirtschaftlichen Bereich im wesentlichen die oben angeführten Kritikpunkte betreffen, einen positiven Eindruck vermitteln. Von der EU ausdrücklich kritisiert wird der öffentliche Sektor. Obwohl die Regierung neue Gesetze zur Offenlegung von Einkommen und Vermögen von Abgeordneten und hoher Beamter des öffentlichen Dienstes durchsetzte, wird Korruption von der EU noch immer als ernstes Problem gesehen. Während Teile des öffentlichen Dienstes als überbesetzt gelten, müssen andere Bereiche im Zuge der EU-Integration ausgebaut werden. Ein Programm zum rationaleren Einsatz der Bediensteten im öffentlichen Dienst, kombiniert mit höheren Löhnen für qualifiziertes Personal, könnte

die Beschäftigung und die gesamten Lohnkosten im öffentlichen Dienst reduzieren und damit auch zu einer fiskalischen Entlastung beitragen.

Die EU-Beitrittsverhandlungen treten in der zweiten Jahreshälfte in eine kritische Phase, da kostenträchtige und sensible Verhandlungsthemen auf der Agenda stehen. Hier handelt es sich beispielsweise um die Agrarpolitik, den Landerwerb und Finanzierungsfragen der Erweiterung. Auch die ungarische Haltung zur Agrarpolitik, insbesondere zu den Direktbeihilfen für die Landwirtschaft, ist insofern eindeutig, als sie eine Mitgliedschaft 2. Klasse, d.h. eine volle Integration in die Direktbeihilfen nach einer Übergangszeit von 10 Jahren, ablehnt. Während die Regierung Orban bezüglich des Landerwerbs in Ungarn (maximale Übergangsfrist 7 Jahre) und der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU (mögliche Übergangsfrist auch 7 Jahre) sich eher kompromißbereit zeigte, scheint die neue Regierung ihre Verhandlungsposition mit der EU zu überdenken. Dabei versucht die ungarische Seite die Frage des Landerwerbs mit der Gewährung von Direktbeihilfen zu verknüpfen. Die Möglichkeit, nach drei Jahren Wohnsitzes in Ungarn landwirtschaftliche Flächen zu kaufen, soll nur dann gewährt werden, wenn die ungarischen Landwirte schon nach drei Jahren in den vollen Genuss der landwirtschaftlichen Direktbeihilfen kommen. Es gilt also, noch beachtliche Hindernisse auf dem Weg zum EU-Beitritt zu überwinden.

WOLFGANG QUAISSER

Ungarn

Fläche: 93,0 Tsd. km², Bevölkerung: 10,165 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Forint	8541,4	10100	11498	12877	14851	.
BIP, nominal	Mrd. USD	45,7	47,6	48,5	45,7	51,8	.
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	4,6	4,9	4,2	5,2	3,8	3,5
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	4504	4710	4808	4570	5095	.
	Kaufkraftparität	10010	10780	11190	11410	12800	.
BIP	Index 1989=100 ¹	90,5	95,1	99,4	104,6	108,6	112,6
Industrie	Index 1989=100 ¹	95,1	106,3	115,0	136,0	141,6	146,7
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	11,1	12,5	10,5	18,3	4,1	3,6
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	-1,9	-1,8	6,6	-5,3	2,1	1,0
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	9,7	13,1	6,1	5,9	9,9	9,5
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	28,2	29,4	28,0	31,5	31,6	31,6
Landwirtschaft	% des BIP	6,3	5,8	4,9	4,7	4,6	4,5
Bauwesen	% des BIP	4,4	4,7	4,6	4,6	4,9	5,2
Dienstleistungen	% des BIP	61,1	60,1	62,5	59,2	58,9	58,7
Anteil des Privatsektors	% des BIP	75	80	80	80	80	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.						
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	.	ca. 75	ca. 75	ca. 75	ca. 75	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	9,2	13,3	5,9	7,7	3,1	2,5
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	22,2	23,6	23,8	24,9	24,7	25,0
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	2107	1953	1944	1691	2426	.
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	707,2	1624,2	586	591	264	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	.
Männer	Mio. Personen	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	.
Frauen	Mio. Personen	1,6	1,7	1,7	1,7	1,8	.
in der Industrie	% d. Besch.	31,2	31,6	31,2	31,1	34,2	.
im Staatssektor	% d. Besch.		ca. 25	ca. 25	ca. 25	ca. 25	.
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	8,7	7,8	7,0	6,4	5,7	5,5
Männer	%	9,5	8,5	7,5	7,0	6,8	.
Frauen	%	7,8	7,0	6,3	5,6	5,2	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	20,6	17,2 ³	17,4 ³	14,0 ³	17,2 ³	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,	21,0	19,4	16,3	12,9	10,6	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite	0,3	6,7	9,6	7,5	6,0	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	18,3	14,3	10,0	9,8	9,2	5,8
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	18,4	10,3	11,2	10,1	6,8	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	20,4	11,3	5,1	11,7	5,2	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	22,3	18,3	13,9	13,5	18,0	12,0
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	4,9	3,6	2,5	1,5	6,4	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	2,0	3,5	5,4	4,1	4,3	3,8
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	-1,0	8,7	7,7	2,0	5,4	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.	16,2	16,9	14,9	15,1	19,1	.

Ungarn – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	305	317	325	311	361	.
brutto	Kaufkraftparität	678	726	756	777	907	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	34,1	33,2	29,1	29,1	38,6	43,1
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	36,8	38,0	38,3	37,6	.	.
Öffentliche Haushalte (kons.)²							
Einnahmen	Mio. Forint	3837000	4386000	4926000	5568000	6235000	6662000
Ausgaben	Mio. Forint	4245000	4868000	5350000	6048000	6718000	7173000
Budgetsaldo	Mio. Forint	-408000	-482000	-424000	-480000	-483000	-511000
Budgetsaldo	% des BIP	-4,8	-4,8	-3,7	-3,5	-4,2	-2,8
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	62,9	61,1	60,0	58,2	53,4	50
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	19100	23010	25026	28092	30498	.
Import	Mio. USD	21230	25710	28005	32079	33682	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-2130	-2700	-2979	-3988	-3184	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	71,2	73	76,2	75,2	74,3	.
Deutschland	% der Exporte	37,2	36,6	38,4	37,3	35,6	.
GUS	% der Exporte	7,2	4,5	2,4	2,5	2,4	.
Russland	% der Exporte	5,1	2,9	1,4	1,6	1,5	.
CEFTA	% der Exporte	7,3	8,9	7,8	8,1	9,0	.
Import aus							
EU	% der Importe	62,6	64,0	64,4	58,5	57,8	.
Deutschland	% der Importe	26,7	28,2	29,2	25,5	24,9	.
GUS	% der Importe	11,2	7,7	6,8	9,1	8,7	.
Russland	% der Importe	9,5	6,5	5,9	8,0	7,0	.
CEFTA	% der Importe	6,5	6,9	7,2	7,5	7,9	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	5955,0	7732,1	8485,5	10302,0	10518,7	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	5537,7	7374,2	8949,0	10586,1	11972,2	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	417,3	357,9	-463,5	-284,1	-1453,4	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-982	-2298	-2076	-1492	-1105	.
	% des BIP (USD)	-2,1	-4,9	-4,4	-3,3	-2,2	-2,7
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD	8400	9300	10882	11600	11068	.
der Nationalbank, JE	Mio. USD						
Wechselkurs, JD	Forint/USD	186,8	214,1	237,3	282,2	286,5	.
	Forint/EUR	.	.	252,8	260,1	256,0	241,4
Realer Wechselkurs, JE	Index 1995=100	92,8	97,4	95,6	95,9	79,7	.
Terms of Trade	Index 1990=100	93,4	94,7	93,2	90,7	.	.
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	24395	27280	28652	30402	33880	.
Netto, Dez.	Mio. USD	11805	12877	11070	10865,6	10540	.
Brutto	% des BIP	54,6	55,8	63,8	66,7	65,2	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	127,7	118,6	114,5	108,2	111,1	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	25,9	16,5	16,3	12,8	11,1	.

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch; ² ohne Privatisierungserlöse; ³ Ab 1998: M3.

Quellen: Nationale Statistiken, Ungarische Nationalbank, EBRD: Transition Report, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, UN: ECE, OECD, Statistisches Bundesamt in Wiesbaden.